

**CONCOURS DES 20 ET 21 FÉVRIER 2017  
POUR LE RECRUTEMENT DE CONTROLEURS DES DOUANES ET DROITS  
INDIRECTS**

Branche du contrôle des opérations commerciales et d'administration générale

**CONCOURS DES 22 ET 23 FÉVRIER 2017  
POUR LE RECRUTEMENT DE CONTROLEURS DES DOUANES ET DROITS  
INDIRECTS**

Branche de la surveillance

**Épreuve orale d'admission n° 2**

**Interrogation de langue étrangère consistant dans la traduction orale en français d'un texte écrit  
dans la langue étrangère choisie, suivie d'une conversation dans la même langue**

*(Durée 15 minutes – Coefficient 2)*

**Rettet die Dörfer!**

In Deutschland bluten ganze Regionen aus. Alte Häuser verfallen, die Busse fahren bestenfalls vier Mal pro Tag und der nächste Arzt ist 20 Kilometer weit weg. Das kann so nicht weitergehen.

Ach, was soll man nur anstellen mit den Abermilliarden, die in die Staatskassen fließen? Die Politiker streiten, ob Steuern gesenkt, Sozialleistungen erhöht, Straßen gebaut oder Schulden getilgt werden sollen. Ein Vorschlag zur Güte: Bringt endlich Schwung in Dörfer und Kleinstädte.

Die Rede ist nicht von den Siedlungen rund um prosperierende Metropolen, den sogenannten Speckgürteln. Dort lebt es sich ziemlich kommod, jedenfalls dann, wenn man ganz gut verdient.

Die bittere Bestandsaufnahme lautet: Diese Regionen bluten aus. Wer nach der Schule eine Ausbildungsstelle sucht, von einem Studienplatz ganz zu schweigen, wandert ab. Die Häuser der Eltern und Großeltern verfallen, die Busse fahren bestenfalls vier Mal pro Tag in den nächstgrößeren Ort, der Arzt ist 20 Kilometer weit weg, das nächste Krankenhaus auch. In einer solchen Gegend mag man nicht besonders gern leben.

Die lamentable Lage kann man nicht allein den örtlichen Politikern zur Last legen. Die Bundesländer, die den verfassungsrechtlichen Auftrag haben, die Gemeinden finanziell anständig auszustatten, müssen in ihrer Mehrzahl in den Etats streichen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Der Bund muss sich engagieren, weitaus stärker als bislang.

Nun ist Landflucht kein neues Phänomen, der Wohlstand Deutschlands und anderer Länder beruht zu einem Gutteil auf dem Drang in die Städte. Warum soll man kleine Nester mit viel Aufwand am Leben halten, aus denen die tatkräftigen Leute fliehen und nur noch Alte verharren? Weil es politisch, ökologisch und ökonomisch vernünftig ist.

Von der Stadt aufs Dorf? Genau. Das ist eine Alternative für Paare, die ihre Miete in den Zentren nur mit Mühe und zwei Einkommen leisten können und keinen Platz für ein Kinderzimmer haben. Oder jene Berufstätigen, die in München, Hamburg oder Frankfurt leben, aber als Rentner die hohen Preise mit Sicherheit nicht mehr zahlen können. Und vor allem die Polizisten, Krankenschwestern und Erzieher, die bislang im Umland wohnten, aber vertrieben werden von Besserverdienenden, die in den Metropolen keine passende Unterkunft mehr finden.

Die ländlichen Gegenden brauchen vor allem vier Dinge: Einen schnellen Ausbau der Breitbandnetze, einen besseren Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel bis hin zu staatlich finanzierten Sammeltaxis am frühen Morgen und am späten Abend. Wichtiger noch sind exzellente Kitas und Schulen, die Familien Lust aufs Land machen und für die Eltern die Last täglicher Pendelfahrten in Kauf nehmen.

*Sueddeutsche Zeitung, 29. Mai 2017*

**CONCOURS DES 20 ET 21 FÉVRIER 2017  
POUR LE RECRUTEMENT DE CONTROLEURS DES DOUANES ET DROITS  
INDIRECTS**

Branche du contrôle des opérations commerciales et d'administration générale

**CONCOURS DES 22 ET 23 FÉVRIER 2017  
POUR LE RECRUTEMENT DE CONTROLEURS DES DOUANES ET DROITS  
INDIRECTS**

Branche de la surveillance

2

**Épreuve orale d'admission n° 2**

**Interrogation de langue étrangère consistant dans la traduction orale en français d'un texte écrit  
dans la langue étrangère choisie, suivie d'une conversation dans la même langue**

*(Durée 15 minutes – Coefficient 2)*

**Denkmal in Berlin Die Einheitswippe soll 2019 fertig sein**

Nach einem beispiellosen Hin und Her soll das Freiheits- und Einheitsdenkmal in Berlin nun doch gebaut werden. Der Bundestag forderte in der Nacht zum Freitag mit klarer Mehrheit, das seit Jahren geplante Projekt noch vor der Bundestagswahl im Herbst auf den Weg zu bringen. Einweihung soll im Herbst 2019 sein - am 30. Jahrestag des Mauerfalls.

Die Entscheidung damals sei „richtig und wichtig“ gewesen, sagte die SPD-Abgeordnete Hiltrud Lotze. Die folgende Debatte habe gezeigt, worum es wirklich gehe - den Mut der Ostdeutschen zur Überwindung der SED-Diktatur zu würdigen.

Geplant ist nach dem bisherigen Verfahren eine große begehbare Waage vor dem Berliner Schloss. Unter dem Motto „Bürger in Bewegung“ soll sie an die Friedliche Revolution in der DDR 1989 und die Wiedergewinnung der Deutschen Einheit erinnern.

Die Wettbewerbssieger Milla & Partner aus Stuttgart reagierten erfreut auf die Entscheidung. „Nach einem Jahr der Ungewissheit sind wir froh, das vor sieben Jahren begonnene und seit bald zwei Jahren baureife Werk nun umsetzen zu können“, erklärten Geschäftsführer Johannes Milla und Architekt Sebastian Letz.

Der Bundestag forderte in der Entscheidung vom Freitag, die Plenarbeschlüsse zur Errichtung des Denkmals aus den Jahren 2007 und 2008 „konsequent“ umzusetzen. Die ursprünglich bewilligten Mittel von zehn Millionen Euro sollten gegebenenfalls aufgestockt werden, hieß es.

Die Linken kritisierten besonders den geplanten Standort auf dem Sockel des früheren Kaiser-Wilhelm-Nationaldenkmals vor dem Berliner Schloss.

*<http://www.berliner-zeitung.de>, 02/06/2017*